



Wissenschaftlicher Beirat
beim
Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie • 11019 Berlin

Herrn
Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

- Der Vorsitzende -

Prof. Dr. Hans Gersbach

ETH Zürich
Zürichbergstraße 18
8092 Zürich, Schweiz

TEL +41 (446) 3 28 28 0

FAX +41 (446) 3 21 83 0

E-MAIL hgersbach@ethz.ch

INTERNET www.wissenschaftlicher-beirat.de

DATUM 27. November 2018

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird weltweit kritisiert und – wenn auch aus vielleicht zweifelhaften Gründen – als Anlass für Protektionismus genommen.

Die Leistungsbilanzstatistik der Europäischen Union (EU) berichtet für das Jahr 2017 einen großen bilateralen Überschuss der EU gegenüber den USA. Dagegen weist die offizielle US-amerikanische Statistik ein geringfügiges bilaterales Defizit der EU mit den USA aus.

Die Diskrepanz ist so groß, dass sie nicht allein durch statistische Messfehler erklärt werden kann. Sie weist auf erhebliche Probleme in der Erfassung internationaler Transaktionen in der amtlichen Statistik hin. Der Wissenschaftliche Beirat bittet Sie, sehr geehrter Herr Minister, sich dafür einzusetzen, dass die Beseitigung dieses Missstands auf die Tagesordnung der in Europa und international zuständigen Gremien kommt und politisch mit Nachdruck begleitet wird. Denn ohne die genaue Kenntnis grundlegender Strukturen der Wirtschaftsbeziehungen der EU mit ihren Handelspartnern ist eine rationale Politikgestaltung nicht möglich.

Die isolierte Betrachtung der *deutschen* Leistungsbilanz ist aus *handelspolitischer* Perspektive wenig sinnvoll, weil Deutschland Teil der europäischen Zollunion, des europäischen Binnenmarktes und der europäischen Währungsunion ist und daher über keine eigenen handelspolitischen Instrumente verfügt.

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U6 Naturkundemuseum
S-Bahn Berlin Hauptbahnhof

Für die Ausrichtung der gemeinsamen europäischen Außenwirtschaftspolitik ist die *europäische Bilanz* maßgeblich und für die geldpolitische Analyse der Europäischen Zentralbank die Leistungsbilanz der Eurozone.

In der internationalen Diskussion stehen bilaterale Salden (zwischen zwei Ländern oder Wirtschaftsräumen) im Zentrum der Betrachtung. So hat der amerikanische Präsident wiederholt auf das hohe Defizit seines Landes im Güterhandel mit der EU und insbesondere mit Deutschland hingewiesen und diesen Umstand als Beleg dafür interpretiert, dass sein Land von Europa unfair behandelt werde.

Der US-Präsident richtet sein Augenmerk vor allem auf den *Güterhandel*. Doch für die vollständige Bewertung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen der USA mit Europa sollte die *Leistungsbilanz* in ihrer Gesamtheit zu Rate gezogen werden. Sie umfasst neben dem Güterhandel auch den Dienstleistungshandel und die sogenannten Primär- und Sekundäreinkommen. Primäreinkommen sind Einkommen, die Inländer im Ausland und umkehrt Ausländer im Inland erzielen, zum Beispiel Gewinneinkommen, Zinseinkommen oder Arbeitseinkommen. Ob diese Einkommen tatsächlich repatriiert werden, ist dabei unerheblich. Sekundäreinkommen sind Transfers ohne erkennbare Gegenleistung, wie beispielsweise Entwicklungshilfe oder Rücküberweisungen von Migranten. Im Vergleich zu den anderen Komponenten der Leistungsbilanz spielen Sekundäreinkommen im Verkehr der EU mit den USA nur eine sehr untergeordnete Rolle und werden in der folgenden Diskussion vernachlässigt.

Die Daten des US-Handelsministeriums (Bureau of Economic Analysis, BEA) weisen für das Jahr 2017 einen Überschuss für die Leistungsbilanz der USA gegenüber der EU im Wert von 14 Mrd. US-Dollar (13 Mrd. Euro) aus; Eurostat berichtet für dasselbe Jahr umgekehrt einen Überschuss der EU gegenüber den Vereinigten Staaten in der Höhe von 154 Mrd. Euro;¹ für Details siehe die Tabelle im Anhang. Beide Rechenwerke können nicht gleichzeitig richtig sein. Die Größenordnung der Diskrepanz im EU-US Saldo von insgesamt 167 Mrd. Euro ist zu groß für einen reinen Messfehler, zumal es sich dabei um eine *Netto*größe handelt. Die Summe entspricht knapp der Höhe des griechischen Bruttoinlandsproduktes. Gegeben die Bedeutung der bilateralen Leistungsbilanzsalden der EU oder der Eurozone mit den USA sind diese Abweichungen besorgniserregend.

Eine nähere Betrachtung der Statistiken zeigt, dass die Diskrepanzen nicht so sehr im Güterhandel, sondern im Handel von Dienstleistungen und bei Primäreinkommen liegen. Nach Angaben von Eurostat beläuft sich im Jahr 2017 beim Güterhandel der europäische Überschuss auf ungefähr 165 Mrd. Euro; BEA berichtet von einem Defizit der USA in der Höhe von 153 Mrd. US-Dollar (135 Mrd. Euro). Bei Dienstleistungen weist Eurostat einen Überschuss der EU von 13 Mrd. Euro aus, während das BEA ein

¹ Die nachgenannten Zahlen entsprechen den Eurostat-Statistiken mit Stand vom 19.11.2018. Zahlen vor dieser Datenrevision weichen davon etwas ab.

Defizit der EU von 51 Mrd. US-Dollar (45 Mrd. Euro) sieht. Beim Saldo der Primäreinkommen zeigen die EU-Daten ein europäisches Defizit in der Höhe von 11 Mrd. Euro, während die amerikanischen Daten ein europäisches Defizit von 106 Mrd. US-Dollar (94 Mrd. Euro) ausweisen.

Nach US-Daten hat die EU seit 2009 jedes Jahr ein Leistungsbilanzdefizit mit den USA aufzuweisen; nach Daten der EU war im selben Zeitraum jedes Jahr genau das Gegenteil der Fall. Die Unsicherheit über die wahre Struktur der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den USA stellt eine evidenzbasierte Wirtschaftspolitik vor erhebliche Schwierigkeiten. Sie ist insbesondere für die richtige Ausrichtung der europäischen Strategie im handelspolitischen Konflikt mit den USA ein großes Problem.

Es gibt gewisse Anzeichen dafür, dass die amerikanischen Daten die Realität besser abbilden als die europäischen. Das könnte daran liegen, dass die aggregierten europäischen Statistiken aus Datenlieferungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zusammengestellt werden müssen, wobei die zentrale Stelle aber keine Durchgriffsmöglichkeiten auf die nationalen Statistikämter hat. In den USA ist dies grundlegend anders.

Anders als in den veröffentlichten Rechenwerken der USA fehlen in den Daten von Eurostat detaillierte Unterkonten zur Zusammensetzung der Primäreinkommensflüsse oder sie sind unvollständig. Die EZB veröffentlichte erst am 2. Oktober dieses Jahres eine bilaterale Leistungsbilanz der Eurozone mit den USA. Diese konnte vorher nicht bestimmt werden, weil die EZB nach eigener Auskunft nicht in der Lage war, die Abflüsse bei den Portfolioeinkommen als wichtiges Element der Primäreinkommen geographisch zuzuordnen.²

Außerdem fällt auf, dass der Primäreinkommensüberschuss der USA laut amerikanischer Statistik mit nur einigen wenigen Ländern der EU zustande kommt, vor allem mit den Niederlanden und Irland.³ Diese Länder bieten mit ihren Patent-Boxen besonders niedrige Besteuerung der Erträge immaterieller Vermögensgüter, so dass amerikanische Konzerne im großen Umfang Tochterunternehmen in diesen Ländern unterhalten. Diese Töchter machen hohe Gewinne, die in erheblichem Ausmaß auf Dienstleistungsexporte (Entgelte für die Benutzung von geistigem Eigentum) in andere EU-Staaten zurückzuführen sind. Der Vergleich mit Daten der niederländischen Zentralbank ergibt, dass allein 67 Mrd. Euro bilaterale Diskrepanz – überwiegend zurückzuführen auf die Primäreinkommenskonten – in der Außenwirtschaftsbeziehung der USA mit den Niederlanden vorliegen. Für das Vereinigte Königreich beträgt die Diskrepanz knapp 78 Mrd. Euro. Irland veröffentlicht keine bilateralen Leistungsbilanzdaten

² Die Daten des BEA weisen zwischen 2008 und 2017 einen um Null schwankenden Leistungsbilanzsaldo der USA mit der Eurozone aus. In drei der letzten zehn Jahre hatten die USA einen Überschuss, in sieben Jahren ein Defizit. Im Jahr 2017 liegt der Überschuss der Eurozone bei circa 18 Mrd. US-Dollar.

³ In den US-Daten wird Irland in die Kategorie „Other Europe“ eingeordnet, in die auch andere kleine EU-Staaten gehören.

mit den USA. Es ist zu klären, warum gerade in den genannten Ländern die Unterschiede zwischen den EU-Daten und jenen der USA besonders auffällig sind.

Der Beirat sieht es als dringend geboten an, die Unterschiede zwischen der Darstellung von Eurostat und der BEA aufzuklären und eine international einheitliche Buchungsweise zu vereinbaren und umzusetzen.

Im Übrigen ist die korrekte Ausweisung der Primäreinkommenspositionen der EU-Mitgliedstaaten von erheblicher Bedeutung für die Berechnung der Mitgliedsbeiträge zur EU. Ungefähr 70 Prozent des EU-Budgets werden aus einer Umlage auf das Bruttonationaleinkommen finanziert. Wird der Primäreinkommenssaldo eines Landes überschätzt, dann zahlt es zu viel in das EU Budget; wird er unterschätzt, zahlt es zu wenig.

Aus diesen Gründen bittet Sie der Beirat, sich in der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass mit den anderen EU-Staaten die Datensituation schnellstmöglich aufgeklärt und die Qualitätskontrolle nationaler Datenlieferungen verbessert wird. International sollte die Bundesregierung im Rahmen des Internationalen Währungsfonds auf eine effektive Harmonisierung der Berichtsmethodik und die Überwachung der Einhaltung einmal vereinbarter Grundsätze drängen. Für eine zielorientierte Wirtschaftspolitik sind zuverlässige Daten unerlässlich.

Mit freundlichen Grüßen



Professor Dr. Hans Gersbach
(Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats)

Tabelle: Salden der Leistungsbilanz der EU bzw. der Eurozone mit den USA gemäß unterschiedlichen Quellen (in Mrd. Euro), 2017

	der EU		der Eurozone	
	nach BEA	nach Eurostat	nach BEA	nach EZB
Güter	135,4	165,4	118,9	132,2
Dienstleistungen	-45,4	12,8	-31,0	-22,2
Primäreinkommen	-94,1	-10,9	-69,3	-10,5
Sekundäreinkommen	-8,5	-13,4	-2,9	-15,0
Leistungsbilanz	-12,6	153,8	15,8	84,6

Quelle: Bureau of Economic Analysis (BEA), Eurostat. Daten des BEA wurden mit dem

Jahresdurchschnittswechsellkurs der Bundesbank umgerechnet. Aktuellste Zahlen (19. November 2018).

**Der Brief wurde vorbereitet von folgenden Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Professor Gabriel Felbermayr, Ph.D. (Federführung)
Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. reale und monetäre Außenwirtschaft
Leiter des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, München

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Ph. D.
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern i.R. und
Em. Professor an der Universität Bonn

Professor Dr. Albrecht Ritschl
Professor für Wirtschaftsgeschichte
an der London School of Economics

Professor Dr. Hans Gersbach (Vorsitzender)
Professor für Makroökonomie: Innovation und Politik
ETH Zürich

**Übrige Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Professor Christina Gathmann, Ph.D. (Stellvertretende Vorsitzende)
Lehrstuhl für Arbeitsmarktökonomie und Neue Politische Ökonomik
Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Heidelberg

Professor Dr. Hermann Albeck
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Saarbrücken

Professor Dr. Stefan Bechtold
Professor für Immaterialgüterrecht
Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften
an der ETH Zürich

Professor Dr. Dr. h.c. Peter Bernholz
Em. Professor für Nationalökonomie, insbesondere Geld- und Außenwirtschaft,
an der Universität Basel

Professor Dr. Norbert Berthold
Professor für Volkswirtschaftslehre an der
Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg

Professor Dr. Felix Bierbrauer
Universität zu Köln, Center for Macroeconomic Research (CMR)
Albertus-Magnus-Platz, Köln

Professor Dr. Charles B. Blankart
Em. Professor für Wirtschaftswissenschaften
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Axel Börsch-Supan, Ph.D.
Direktor des Munich Center for the Economics of Aging (MEA)
am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München

Professor Dr. Dres. h.c. Knut Borchardt
Em. Professor für Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre
an der Universität München

Professor Dr. Friedrich Breyer
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Konstanz

Professor Dr. Christoph Engel
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern
Professor für Rechtswissenschaften
an der Universität Osnabrück

Professor Dr. Armin Falk
briq - Behavior and Inequality Research Institute GmbH
Professor für Volkswirtschaftslehre
Lehrstuhl für Rechts- und Staatswissenschaften
an der Universität Bonn

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim i.R.
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Marcel Fratzscher, Ph.D.
Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und
Professor für Makroökonomie und Finanzen
an der Humboldt-Universität Berlin

Professor. Dr. Veronika Grimm
Professor für Volkswirtschaftslehre
Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie,
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dietmar Harhoff, Ph.D.
Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München
Professor für Betriebswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Roman Inderst
Professor für Finanzen und Ökonomie an der Universität Frankfurt/M.
House of Finance

Professor Dr. Otmar Issing
Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank i.R.
Frankfurt/Main

Professor Dr. Eckhard Janeba
Professor für Volkswirtschaftslehre insbesondere Finanzwissenschaft
und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim

Professor Dr. Günter Knieps
Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaft
und Regionalpolitik; Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Professor Dr. Dr. h.c. Wernhard Möschel
Em. Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht
an der Universität Tübingen

Professor Dr. Axel Ockenfels
Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften
Staatswissenschaftliches Seminar
an der Universität zu Köln

Professor Regina T. Riphahn, Ph.D.
Professor für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Klaus Schmidt
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Monika Schnitzer
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Olaf Sievert
Präsident der Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen
und Thüringen, Leipzig i.R.,
Honorarprofessor Universität Saarbrücken

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn
Präsident des Ifo-Instituts München i.R.
Em. Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft
an der Universität München

Professor Dr. Roland Vaubel
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität zu Köln

Professor Dr. Christian Watrin
Em. Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften
an der Universität Köln

Professor Dr. Eberhard Wille
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
an der Universität Mannheim

Professor Dr. Ludger Wößmann
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Leiter, ifo Zentrum für Bildungsökonomik

Ruhende Mitgliedschaften

Professor Dr. Claudia M. Buch
Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank,
in Frankfurt am Main

Professor Achim Wambach, Ph.D.
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim